Fragebogen zum NEUEN FORUM

von Karen Schneider (Hamburg) in Vorbereitung ihrer Magister-Arbeit und die Beantwortung durch Oliver Kloss (Leipzig) vom 10. Mai 1996

1. Welche positiven/ negativen Erfahrungen haben Sie persönlich mit Basisdemokratie gemacht? Ist Basisdemokratie Utopie oder ein durchführbares Konzept?

„Basisdemokratie“ ist heute ein nebulöser Begriff, der abhängig vom Benutzer mit sehr verschiedenen Projektionen befrachtet werden kann; er ist zum unklaren Schlagwort verkommen. Der Gebrauch ist nur zu verstehen, wenn Aufkommen und Verwendung in der jüngsten Geschichte rekonstruiert werden.

Ich kann lediglich sagen, daß ich mit dem, was anfangs unter „Basisdemokratie“ verstanden wurde, durchaus positive Erfahrungen gemacht hatte. Später mußte ich mit der Verwendung des Begriffes negative Erfahrungen machen.
„Basisdemokratie“ ist für mich in der Gegenwart weder Utopie noch Konzept.
Entscheidungen werden auch im NEUEN FORUM entweder satzungsgemäß mehrheitlich von Delegierten gefällt oder es wird eine Meinungserhebung aller Mitglieder zumindest angestrebt.
Die Abstimmung aller Einzelnen nach dem Konzept direkter Demokratie und die Entscheidung von Delegierten nach dem Konzept der repräsentativen Demokratie können durch „Basisdemokratie“ nicht bereichert werden.
Modelle der Rätedemokratie setzen eine sich bewußt als politisch handelnd verstehende Mehrheit der ganzen Gesellschaft voraus. Eine solche Situation ist in der Gegenwart nicht gegeben, mag man dies begrüßen oder nicht.

2.) Welches sind die größten Probleme dieses Konzept durchzusetzen,
wenn Sie a) an die Arbeit in der Gruppe und
b) an Schwierigkeiten von außen denken?

(z.B. Integration in das politische System der Bundesrepublik, politisches Desinteresse in der Bevölkerung etc.)?

Anfangs war das Basisdemokratie-Schlagwort im Kontrast zu dem, was die DDR-Diktatur in der Sprache der Ideologie „demokratisch“ geheißen hatte, gebildet worden.
Die Betonung des materiellen Basalen stand innerhalb des Vokabulars der marxistisch-leninistischen DDR-Ideologie dem ideellen Überbau gegenüber. Diese zum bloßen Ideologem verkommene Theorie wurde kreativ-subversiv interpretiert, die Phrase von „Basis und Überbau“ wurde mit einem gegen die DDR-Ideologie gerichteten Inhalt versehen, gegen den „Überbau“ der DDR-Staatsklasse gerichtet.
Unter der „Basis“ wurden nun jene Herrschaftsunterworfenen verstanden, die sich nicht mit den Herrschenden identifizierten. Die herrschende Politbürokratie hingegen wurde

zum Überbau erklärt, zum Aufgesetzten, dem die demokratische Rechtfertigung fehle.
Der Begriff „Partei“ stand pars pro toto für die Diktatur der Blockparteien schlechthin, also wurde kontrastierend unter „Basisdemokratie“ ein Prozeß der Entscheidungsfindung verstanden, welcher vorbei an den herrschenden Instanzen zwischen Herrschaftsunterworfenen, also unter Gleichberechtigten, zu Beschlüssen gelangen sollte, die sich gegen die Herrschenden richteten.
Die antiautoritär-subversive Ausrichtung des Kampfbegriffes war anfangs unumstritten. Der Zulauf von Widerstands-Sympathisanten erforderte kritische und einfache Begriffe.
Schon anfangs wurde der Begriff „Basisdemokratie“, wenn auch erst in zweiter Hinsicht, auf die Binnenstruktur der Oppositionsgruppen bezogen. In diesen galt es ohnehin als unstrittig, daß im Diskurs nicht irgendwelche Autoritäten gelten, sondern systemkritisch-taktische Argumente die Entscheidungsfindung bestimmen, wenngleich dies auch oftmals nicht wirklich erreicht worden sein mochte. (Der hohe Anteil von IM in den Oppositionsgruppen diente nicht nur der Informationsabschöpfung, sondern zielte vielmehr letztlich stets auf Einflußnahme, auf Lenkung von Diskussionsverläufen wie Entscheidungsprozessen ab.)
Der Anspruch auf demokratischen Diskurs innerhalb der Gruppen spiegelt sich z.B. in der Bezeichnung dessen, was traditionell „Vorstand“ geheißen wird, als „Sprecherräte“ oder „SprecherInnenräte“ wieder. Die mehr oder weniger klare Vorstellung vom Modell einer revolutionären Rätedemokratie mag auch dabei Vorbild gewesen sein.
Zugleich galt es politische Richtungsbegriffe zu meiden, die irgendwie besetzt waren, um nicht schon in der Anfangsphase den Zulauf an potentiellen Mitstreitern zu polarisieren und dadurch den Widerstand zu spalten. Ein Begriff wie „Rätedemokratie“ hätte im Sommer 1989 entweder anarchistisch oder „sowjet“-isch geklungen. Die neu hinzukommenden Mitstreiter verorteten sich in der Selbstsicht jedoch nicht ausschließlich als Kritiker von links, die sich gegen ein rechtes Regime wenden.
Nicht jeder sah in der „DDR“ ein klar rechtes Regime, welches eine einstmals emanzipatorisch-linke Theorie zu ideologischer Rechtfertigung mißbraucht. Darüber bestand nicht einmal in den Oppositionsgruppen Einstimmigkeit.
Wenngleich nicht von einem rechten Widerstand gesprochen werden kann, so konnten in der Gesellschaftskritik der DDR sich doch Menschen mit emanzipatorischem Anspruch auch solcher Argumente bedienen, die im Diskurs westlicher Linker als rechtsgerichtet gegolten hätten - wie umgekehrt so manches Theorem im Diskurs westlicher Linker von ostdeutschen Oppositionellen eindeutig als freiheitsfeindlich erkannt wurde!
(Interessant hierzu die Entwicklung des „Demokratischen Aufbruch“ zur CDU-Hilfsorganisation oder die Ausgliederung der „Forum-Partei“ aus dem Neuen Forum zur CDU!)
Also mußten innerhalb des Widerstandes polarisierende Begriffe gemieden werden, um den Widerspruch zwischen Herrschenden und Herrschaftsunterworfenen um so klarer herauszustellen. Daß die Stasi-Einflußagenten durch Polarisierung die Spaltung des Widerstandes zu dessen Schwächung betreiben würden, war vorhersehbar bzw. nicht anders zu erwarten.
(Einige DA-Mitglieder ahnten sehr zeitig die Rolle von RA Wolfgang Schnur, nachdem er sich mit Kohl getroffen und umarmt hatte.)
„Basisdemokratie“ kann als situativ notwendige Begriffsmodifikation von Rätedemokratie aufgefaßt werden, als Akkumulator der Legitimation des Widerstandsrechtes. „Wir sind das Volk!“ war die subversive Antwort auf die Legitimationsideologie der Herrschenden, die stets vorgaben, die „wahren Interessen des Volkes“ zu verwirklichen. „Basisdemokratie“ sprach ihnen das Recht ab, über diese „Basis“ entscheiden zu dürfen.

Sprecherräte, Bürgerkomitees und immerhin sogar Soldatenräte waren Früchte des Anbruchs einer wirklichen Revolution. Noch war nicht vorhersehbar, daß sie bald schon allzu friedlich und unvollendet ausklingen sollte. Nicht einmal die Enteignung der Blockparteien gelang.
Die Gewaltbereitschaft gegen die Herrschenden blieb aus. Anfangs von den Oppositionsgruppen taktisch klug ausgegeben, verselbständigte sich der Ruf „Keine Gewalt!“
Wer geglaubt hatte, daß mit dem Zurückweichen der Herrschenden die Menschen sich auch ihrer inneren Beherrschung und Hemmung entledigen könnten, sah sich getäuscht. Dies nicht nur, weil unter starker Beteiligung von „geschickten“ vermeintlichen Sympathisanten die Gewaltfreiheit zur moralistischen Ideologie stilisiert wurde. (Der Begriff der "Geschickten" war damals ein zweideutiger, einerseits dem vergleichbar, was heute „IM“ bedeutet, also in die Gruppen geschickte „inoffizielle Mitarbeiter“ des Geheimdienstes, andererseits anspielend auf deren Zusammenspiel im lenkenden Einwirken und sei es nur im Sinne des Verhinderns von Effektivität.)
Innerhalb der evangelischen Kirche galt schon zur DDR-Zeit die „Gewaltlosigkeit“ als ein hoher ethischer Wert. Gandhis Theorie war in diesen Kreisen bekannt und wurde (leider zumeist losgelöst vom historischen Hintergrund) ihres Erfolges wegen bewundert.
Für viele Menschen mochte die zur Ideologie gewordene „Gewaltfreiheit“ auch ein psychisch regressiv entlastendes Angebot sein: Die innere Not der Gehemmtheit, die mangelnde Übung mit Konflikten offensiv umzugehen, die Nachwirkung gewohnter Angst, - alles Versagen ließ sich regressiv mit „Gewaltlosigkeit“ zur Tugend umdeuten - und viele erlagen dieser Versuchung.
Seitens der Oppositionsgruppen fehlte ein gemeinsames Konzept, schnellen Kontakt mit den entstehenden Soldatenräten aufzunehmen - überhaupt ermangelte es eines Konzeptes zum gewaltvollen Sturz der Regierung und zur Machtübernahme oder zumindest zur Zerschlagung der Herschaftsinstitutionen und somit der Machtverhältnisse. Die alleinige Bildung von Komitees und Gruppen konnte nicht genügen.

Entscheidend kommt der 9. November 1989 hinzu: Die Wärter retteten sich vor dem gefürchteten gewaltsamen Aufstand der Gefangenen durch die Öffnung der Gitter.
So konnte ein das Selbstbewußtsein stärkendes Erfolgserlebnis für die Widerständigen verhindert werden, indem die Grenzöffnung als vermeintlich „zufälliger Versprecher“ eines Herrschenden inszeniert wurde. (Der Beschluß war bereits nachmittags gefallen, wie Krenz später in einem Interview zugegeben hat.)
Seitens der Bürgerrechtsbewegung wurde sehr unklug die Grenzöffnung nicht einmal als Erfolg begrüßt, obwohl sie das reaktiv durchaus doch auch war.
Angesichts der dabei absehbaren Restabilisierung des Zusammenhalts der noch Herrschenden und da die Schwächung der unlängst gebildeten Bürgerkomitees und Oppositionsorganisationen für einige Zeit absehbar war (auch Oppositionelle wollten das Jenseits des Käfigs besichtigen), kam sowohl Freude wie Bedauern auf - eine ambivalente Haltung.

Danach vermochten sich die Integristen und Beschwichtiger durchzusetzen. „Runde Tische“ banden die widerständigen Oppositionellen ein und sicherten den traditionellen Kräften die Machtposition. - Das „Lob der Friedlichkeit einer Revolution“ ist seither allseits nicht mehr verklungen.

Es war wohl Mitte Januar 1990 und ist vornehmlich Ingrid Köppe zu danken, daß der Runde Tisch wenigstens ein Ultimatum stellte, um den zuvor von Hans Modrow umbenannten Geheimdienst aufzulösen.
Die Modrow-Regierung versuchte sich in „DDR-Nationalismus“, womit sie der CDU ideologisch eine gute Vorlage gab, die Bewegung weithin inhaltsfrei formal auf schnelle gesamt-nationale Vereinigung zu orientieren.

Anfang Dezember 1989 hatte sich die SED erstmalig demonstrativ vom Stalinismus verabschiedet (inzwischen fast ein ritueller Akt steter Wiederholung). Flankierend hatten einige evangelische Kirchenleitungen, sich nochmals andienend, zur Gewaltlosigkeit aufgerufen. Doch auch angesichts dieser klaren Provokation der SED und ihrer - selbst entgegen den Erwartungen vieler Genossinnen und Genossen - nicht vollzogenen Auflösung, blieb die Gewalt aus.
Die Blockparteien spielten Demokratie und fanden sogar westliche Mitspieler.
Ibrahim Böhme von der SDP (SPD), der einzigen Nicht-Blockpartei mit westlichem Partner, wurde vor der Wahl als Spitzel enttarnt, doch sein CDU-Partner „IM Czerny“ alias Lothar de Maizière nicht.
Noch vor der ersten freien Wahl erklärten sich Gregor Gysi (SED-PDS) und Lothar de Maizière (CDU) gegenseitig für politisch unbelastet. Das Wort zweier „DDR-Rechtsanwälte“ sollte wieder etwas gelten, mochte es auch Lüge sein. Die Medien nahmen es ernst.

Der Begriff „Basisdemokratie“ hatte seine subversive Wirkung verloren. Spätestens mit Ankündigung der ersten demokratischen Wahlen 1990 verblaßte er oder wurde innerhalb der Gruppen sogar sehr hinderlich, da er mit dem irrationalen „Gegen-Parteien-Sein“ verhängnisvoll verknüpft war.
Dies minderte die Entschlossenheit im Vorfeld der ersten Wahl. Jene, die anfangs zu ersten freien Wahlen aufgerufen hatten, sahen diesen nun als absehbare Verlierer entgegen, zumal sie nicht einmal unter dem bekannten Namen „Neues Forum“ antraten, sondern den Fehler begingen, unter dem Namen der Liste „Bündnis 90“ anzutreten.

3. Was war Ihre persönliche Motivation dem NEUEN FORUM beizutreten?

Diese Frage verlangt vorerst eine Antwort, weshalb ich anfangs dem NEUEN FORUM gerade nicht beigetreten bin, wobei Besonderheiten der Stadt Leipzig eine Rolle spielen.
Anfang September 1989 hatte ich bei Bärbel Bohley in Berlin den Aufruf des NEUEN FORUM unterzeichnet - wie so viele.
Da ich jedoch bereits als einstiger Mitbegründer in der Arbeitsgruppe Menschenrechte in Leipzig mitwirkte, wandte ich mich davon nicht ab, sondern trat anläßlich des Zusammenschlusses dieser Gruppe mit zwei anderen in die nun auch in Leipzig bestehende „Initiative Frieden und Menschenrechte“ über. Die IFM hatte schon als kirchenunabhängige Opposition viel eher zu DDR-weiter Ausbreitung aufgerufen.
Dereinst erschien mir das FORUM in Leipzig als recht konfus und es hatten sich z. T. auch höchst dubiose Typen in entscheidende Positionen gebracht. (Später wurde einiges bekannt, so z.B. daß derjenige, der die Aufnahme von Mitgliedern durchführte und die Listen schrieb - die erste Kontaktperson eines jeden Sympathisanten -, von der Stasi in diese Funktion geschickt worden war.) Wenngleich ich das Wirken des FORUM durchaus im Auge behielt, da auch verdienstvolle Menschen in ihm wirkten, so

engagierte ich mich doch eher mit jenen, die überwiegend nicht mein Mißtrauen stimulierten.
Einzigartig und nur in Leipzig kam es dann sogar zu einer „Sicherheitspartnerschaft“ des NEUEN FORUM mit der Stasi wegen der „Runden Ecke“ während der Montags-Demonstrationen: Kerzenhaltende FORUM-Mitglieder bildeten eine Kette um den Stasi-Haupteingang - ein Bild tiefster Peinlichkeit nicht nur für mich!
Diese Szene kostete das Leipziger NEUE FORUM bei vielen Menschen die anfangs spontan gewonnene Glaubwürdigkeit. Nun ja, dies mag DDR-weit nicht repräsentativ gewesen sein.

Ich trat anfangs - wie gesagt - nicht dem FORUM bei, sondern blieb bei der IFM. So gelangte ich in die Phase nach den vielen Wahlen, deren Ernüchterung von einigen genutzt wurde, um einen neuen Prozeß der Vereinigung zwischen Grünen und den Bürgerrechtsorganisationen zu initiieren.

Die Ernüchterung betraf nicht nur die Wahlergebnisse, sondern intern auch z. T. diejenigen, die da gewählt worden waren. Der Prozeß der Wahlvorbereitungen verlief jeweils hektisch und in steter Unsicherheit, allen Formalien gerecht werden zu können, die erstmals erfüllt werden mußten.
Der Fehler wurden zahlreiche gemacht, so auch bei der Aufstellung der Kandidaten. Schon damals vermochte nach den Kandidatenwahlen keiner mehr zu sagen, wie ein bis dahin unter Oppositionellen vollkommen Unbekannter wie z.B. Werner Schulz (heute im Bundestag) je aufgestellt werden konnte oder auf Landesebene Sachsens gar Leute wie Michael Weber oder Antje Rush. Zugleich erwies sich, daß gerade viele subversiv engagierte Leute sich zurückhaltend verhielten, wenn es um das Erreichen exponierter Rollen für große Öffentlichkeit ging - sie hatten dies nie geübt.
Das muß ich auch von mir sagen: Dereinst als einer von drei IFM-Kandidaten Sachsens nominiert, trat ich doch in Berlin von der Kandidatur zurück. Ich begründete es damals damit, daß ich mir in der DDR einen weitgehenden Durchblick über die Funktionsweise des Systems angeeignet hatte, mich angesichts der Bundesrepublik aber noch nicht auf vergleichbarem Niveau des Durchblicks befände. - Bald gestand ich mir ein, Feigheit vor der ständiger Öffentlichkeit mochte dahinter gesteckt haben. Schließlich erwartete ich von den anderen diesen mir auferlegten Perfektionismus auch nicht. (Ein Beispiel: Wer wußte damals schon, was eine Insolvenzrate volkswirtschaftlich bedeute oder wie der Aktienindex ermittelt wird?)

Es kam die Phase der Vereinigungsverhandlungen der einzelnen Organisationen der Bürgerrechtsbewegung zum Bündnis 90 in Sachsen. Bemerkenswert waren der Eifer weniger hauptamtlicher Mitarbeiter und die Inhaltsleere ihrer Phrasen.
Vollkommen unverständlich blieb mir anfangs, weshalb sich die Grünen einer inhaltlichen Diskussion ihrer Wahlniederlage verwehrten. Es hatte sich das Thema „Klimakatastrophe“ doch wahrlich nicht geeignet anläßlich einer Wahl, in welcher die Menschen näher liegende Themen bewegten.
Diese Wahlniederlage der West-Grünen wurde zumindest seitens des Aufbruch-Flügels stereotyp mit dem Satz erklärt: „Es waren die falschen Personen.“ Von den West-Grünen kamen einige nach Sachsen, die ausschließlich dem Aufbruch-Flügel um Fischer zuzurechnen waren und aus ihrer rätselhaften Sympathie für die CDU und Kurt Biedenkopf keinen Hehl machten.
Sie beschäftigten sich vornehmlich mit innerparteilichen taktischen Spielen, um Joschka Fischer und Antje Vollmer an die Spitze ihrer Partei zu bringen. Das war nicht gar zu

schwer, denn andere Gruppen innerhalb der Grünen waren ähnlich wenig mit aktuellen Themen beschäftigt, Anhänger von Jutta Ditfurth trauerten sogar der „DDR“ nach.
Die Vereinigung zum „Bündnis 90/ Grüne“ geriet zum trickreichen Kampf gegen das Neue Forum in Sachsen bis hin zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. Die Gründung des „Bündnis 90/ Grüne“ gelang in Sachsen nur unter Ausschluß des NEUEN FORUM. Nie wurde von den Vereinigungsbefürwortern betont, daß sich im Programm inzwischen weite Teile diskussionslos und stillschweigend geändert hatten.

Auf der Gründungsversammlung des „Bündnis 90“ für Ostdeutschland in Potsdam wurde nach der Satzung am ersten Tage nur ein einziger inhaltlicher Beschluß gefällt, eingebracht von Konrad Weiß. Es gab im ganzen Saal nur zwei Gegenstimmen (von Rainer Müller und mir) zu diesem Antrag, in dem die innere Aufrüstung durch Polizei unter dem Vorwand befürwortet wurde, es ginge um den Schutz der Ausländer. Der Moment war gut gewählt, denn nach der ermüdenden Satzungs-Diskussion war die Freude über deren Beschluß so groß, daß die Mehrheit kaum hinhörte, worum es im Antrag ging. Auch war ein Großteil der Teilnehmer infolge vorgerückter Zeit bereits gegangen. Erstmals erwog ich angesichts solch unverfrorener Trickserei und angesichts so unkritischer Zustimmung zu seinem Antrag seitens der Delegierten meinen Austritt bzw. den Übertritt in das nicht mit im Bündnis 90 vereinigte NEUE FORUM.
Später trat ich wirklich aus dem „Bündnis 90“ aus. Die Befürwortung der Privatisierung des Öffentlichen Dienstes, die Unterstützung für Manfred Stolpe u. a. Gründe veranlaßten mich dazu.

Da das Neue Forum Sachsen sich nicht so inhaltlich wandelbar erwiesen hatte und dessen Landtagsabgeordnete noch den Anspruch von Opposition gegen die CDU vertraten, wurde ich dort Mitglied.

4. Inwieweit mußte man mit der Wende und mit dem Wissen einer bevorstehenden Wiedervereinigung in der Bürgerbewegung völlig umdenken?

Die deutsche Einheit wurde von mir nie generell abgelehnt. Der Weg einer gesamtdeutschen Volksabstimmung wäre der angemessene gewesen. Warum sollen sich Menschen nicht im Akt direkter demokratischer Selbstbestimmung zu einem gemeinsamen Staatsgebilde entschließen? Die PDS-Propaganda von der Kolonialisierung des Ostens wäre dann ausgeblieben. Das „Teile und herrsche!“ zwischen Ost und West als Politikstil der CDU hätte keine so günstigen Voraussetzungen gefunden.
Überhaupt ist zu betonen, daß die IFM wohl die einzige der Bürgerrechtsorganisationen war, die eine staatliche Einheit nie ablehnte, sondern von Anbeginn befürwortete - wenn auch nicht unter diesem negativen Vorzeichen „Einigungsvertrag“.
Der schnellen Vereinigung, wie sie seit Januar 1990 forciert wurde, war ich nicht zugetan. Es war absehbar, daß auf diese Weise jegliche Verurteilung der Verantwortlichen der DDR verhindert werden würde. (Alexander Schalk-Golodkowski war durch Vermittlung Wolfgang Schäubles schon lange vor Verhaftung in Sicherheit gebracht worden.)
Einzig der Beitritt ohne Einigungsvertrag hätte noch das schlimmste verhindern können. So aber konnten Ost-CDU-Krause (auch er ein IM!) und West-CDU-Schäuble einen Einigungsvertrag „aushandeln“, der bis heute für CDU und PDS die beste Grundlage

blieb, die Ost-West-Unterschiede aufrecht zu erhalten, um die Menschen politisch gegeneinander auszuspielen.
Wie viele Westdeutsche wissen noch heute nicht, daß auch die Ostdeutschen den sogenannten „Solidaritätszuschlag“ bezahlen müssen? Ohne CDU-Politik, ohne ungleiche Löhne in Ost und West, gelänge es der PDS und Leuten wie Manfred Stolpe nicht, eine postume Ost-Identität zu beschwören, die es dereinst in der „DDR“ nie gegeben hatte.

Umdenken mußte ich insofern, als bis Anfang Februar 1990 noch mit der SDP (SPD) als Wahlsieger der ersten freien Volkskammerwahl gerechnet werden konnte, danach zeichnete sich immer bedrohlicher die CDU als Wahlsieger ab, also der eigentliche Wunschkandidat der PDS. Dieser Wandel war erschreckend und wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die West-SPD dem Verlangen gerade vieler, besonders älterer Menschen in der Ost-SDP nicht entgegenkam, sich des Themas der staatlichen Einheit anzunehmen, welches somit der CDU überlassen wurde und von ihr klug dominiert werden konnte.

5. Hätte sich die Bürgerbewegung nach der Wende auf Kommunalpolitik konzentrieren sollen, auf die parlamentarische Arbeit oder ist es Ihrer Meinung nach die Aufgabe einer Bürgerbewegung, sich um beides gleichermaßen zu kümmern?

Wenn ich die Frage richtig deute, so ist die Alternative parlamentarische oder außerparlamentarische Arbeit angesprochen, denn Kommunalpolitik ist ja auch parlamentarisch.
Die Frage wurde in der Bürgerrechtsbewegung diskutiert, stellt jedoch ein Scheinproblem dar. Außerparlamentarische Arbeit wird von vielen Vereinen bereits geleistet. Für eine APO (außerparlamentarische Opposition) im politisch bedeutsamen Sinne bedarf es einer politisierten gesellschaftlichen Situation.
In den letzten Jahren wird von den Politikern verstärkt Politikverdrossenheit produziert - und das nicht schlecht:
Wenn die CDU ihre freiheitsfeindliche und unsoziale Politik betreiben kann, während eine SPD auch nach außen zerstritten wirkt und sich nur dann zur Kritik der Regierung bequemt, wenn es gar zu empörend wird, so wirkt die ganze Veranstaltung nicht gerade spannend auf die Wähler. Beim „Asylkompromis“ hat die CDU vorführen können, wie konsequent eine SPD ist, wie wenig sie ein Grundrecht verteidigt, wenn eine Medienkampagne (Siehe Volker Rühes Kampagnen-Plan!) dessen Zerstörung betreibt.
Kommt dann wirklich mal ein echt strittiges Thema auf, so folgt eine Bundesverfassungsgerichtsklage und sobald das Urteil verkündet wird, tun alle so als hätten nicht CDU und SPD nach Proporz dieses Gremium besetzt, sich also selbst eine Antwort zukommen lassen. Ist ein so plumpes Spiel noch spannend?
Die PDS spielt sich als freiheitsliebende und sozial denkende Opposition auf - als hätte es nicht allein in Bautzen 17.000 Tote in der politischen Haftanstalt gegeben, als hätte in der DDR bis Mitte der 80er Jahre keine Arbeitspflicht unter Haftstrafandrohung geherrscht.
Die PDS kritisierte kürzlich den wirklich skandalösen Vorschlag des Ehrenschutzes für Bundeswehrsoldaten, obwohl dieser in der DDR für jeden Partei- und Staatsfunktionär, für Polizisten und sogar jeden Funktionär in einer Staatlichen Organisation galt. Das

CDU/FDP-Gesetz wirkt wie vom DDR-Strafgesetz (StGb § 220 Öffentliche Herabwürdigung) abgeschrieben, sogar das Strafmaß!
Die Grünen kritisieren zwar, können aber jederzeit als jene vorgeführt werden, die eine unsoziale Mineralölsteuer befürworten, die Privatisierungen des öffentlichen Dienstes befürworten etc. etc.

Warum soll der von der Koalition ständig von neuen Kürzungen und Beitragserhöhungen bedrohte Bürger sich für die unglaubwürdigen Oppositionsparteien interessieren?
Wer nicht an die CDU glaubt und sie wählt, wer nicht als Gegner der CDU taktisch wählt und dem kleinsten Übel seine Stimme schenkt, läßt es eben ganz. Im Parlament jedoch geht es um Prozente, nicht um die Zahl der Wähler.
Solange aber auf parlamentarischer Ebene noch ein Einfluß geltend gemacht werden kann, so muß er dort versucht werden! Nur wenn dies nicht mehr möglich wäre, dann außerparlamentarisch.

6. War das NEUE FORUM vor allem ein Katalysator für die Wende? Welches waren Ihrer Meinung nach die größten Erfolge/ Mißerfolge des NEUEN FORUM seit 1990?

Das NEUE FORUM war die revolutionäre Sammlungsbewegung gegen den DDR-Blockparteienstaat, doch aufgrund der Offenheit organisatorisch letztlich nur zu einer allzu-friedlichen Revolution befähigt. Es war ein Übungsfeld für Selbstbewußtsein, doch die Zeit zur Erübung der Freiheit war für den Akt der Befreiung für die meisten Beteiligten zu kurz bemessen.

Der Grundmißerfolg besteht darin, daß weder eine eigenständige Ausweitung in den Westen gelang, noch mit den Flügeln der Grünen eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen möglich war.
Intern gab es die dumme Diskussion um die Scheinalternative „Partei oder Bürgerbewegung“. Die bei vielen fortwirkende verinnerlichte Verachtung für Parteien und die damit verbundene Diskussion um Wahlbeteiligungen war zerstörerisch. Der Weg in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit schien damit vorgezeichnet.

In der Opposition sind Erfolge nur daran zu messen, was verhindert werden konnte bzw. zum besseren wider den Willen der Regierenden verlaufen ist. Im Kleinen ist es praktisch bereits ein Erfolg, wenn eine kritische Meinung den Weg bis in die Presse findet.

Hervorhebenswertes auf parlamentarischer Ebene:
Das Werk von Ingrid Köppe im Bundestag in einer Fraktion, von der sie kaum Unterstützung erfahren hatte, kann gar nicht überschätzt werden.
Mag ihr Abschlußbericht des Schalck-Untersuchungsausschusses auch nicht zur Veröffentlichung freigegeben worden sein und unter Geheimhaltung stehen. Für Mitdenkende sagt dies schon genug aus!
Das Werk einer Einzelnen auf Bundesebene dem Neuen Forum als Erfolg anzurechnen, wäre jedoch vermessen. Hier gilt es weithin Erfolglosigkeit für die Organisation einzugestehen.

Das Spiel der Medien hat dem NEUEN FORUM eine klar begrenzte Rolle zugeschrieben. Pressemitteilungen haben fast nur dann eine Chance auf Veröffentlichung, wenn sie sich mit dem Thema „Staatssicherheit“ befassen.
Das ist behindernd, auch auf Landes- oder Kommunalebene, doch zeigt zugleich, wo wirklich die frühen Erfolge lagen:
Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist nicht in der Fassung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) beschlossen worden, sondern mußte zumindest in einigen wichtigen Punkten geändert werden. Dies ist nicht nur allein dem NEUEN FORUM zuzuschreiben, jedoch in hohem Maße, wenn man bedenkt, daß die CDU ursprünglich 1990 noch die Aktenvernichtung angestrebt hatte.
Erstmalig in der Geschichte wurde eine Forderung der Französischen Revolution teilweise erfüllt, die Öffnung der geheimen Archive!
Das wird bleiben in der Menschheitsgeschichte!
Dieser Erfolg konnte auch trotz gar zu schneller staatlicher Einheit noch verteidigt werden.

Auf Ebene der Landespolitik möchte ich nur von Sachsen sprechen.
Ein Michael Arnold im Landtag bewirkte einiges. Auch dem gemeinsam mit Thomas Rudolph verfaßten Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses zu Amts- und Machtmißbrauch in der DDR (Internierungslager etc.) sollte anfangs die breite Öffentlichkeit verwehrt bleiben, wenn auch auf sehr plumpem Niveau.
Die Landtagsverwaltung wollte (im Unterschied zum sonst kostenfreien Bezug!) von den Bestellern des Berichtes die Kopien bezahlt erhalten (in Höhe von ca. 500 DM). - Dieses politisch motivierte Sonder-Verlangen der Verwaltung musste letztlich aufgegeben werden.

In Sachsen herrscht die CDU so unumschränkt (z.B. mit dem schlimmstes Polizeigesetz Deutschlands, incl. des Großen Lauschangriffs für Sachsen), daß es wichtig war, ein paar fleißige und kluge Köpfe in der Opposition zu haben.
Auch der Rücktritt von Michael Arnold als Innenpolitischer Sprecher der Fraktion „Bündnis 90/ Grüne“ im Landtag war angesichts der Wahl-Option der Grünen für Schwarz-Grün eine wichtige Geste.

Wenigstens das NEUE FORUM trat zur Landtagswahl 1994 betont gegen CDU und PDS an und konnte auch den Wahlkampf nutzen, um Kritik öffentlich zu machen. Angesichts der 5%-Hürde und geringster finanzieller Mittel waren die Erfolgsaussichten selbstverständlich chancenlos.
Bedeutsam war es dennoch, da „Bündnis 90/ Grüne“ mit Werner Schulz (heute Geschäftsführer der Bundestagsfraktion) für eine schwarz-grüne Koalition geworben und der Spitzenkandidat der SPD, Kunkel, sich zum Wahlantritt seiner guten Beziehung zu Kurt Biedenkopf gerühmt hatte. Kunkel behauptete sogar, Kurt Biedenkopf wünsche sich bestimmt einen Nachfolger wie ihn. Solange Kurt Biedenkopf solche Gegner hat, muss er um den übergroßen Wahlsieg nicht bangen.

Das Ergebnis der Landtagswahl entsprach einem solchen „Wahlkampf“:
57% CDU, den Rest teilen sich SPD und PDS. Die Grünen sind nicht mehr im Landtag und sie wären es auch nicht einmal dann, wenn sie den geringen Prozentanteil des NEUEN FORUM hinzugewonnen hätten. Vielleicht lernen sie daraus?

Auf kommunaler Ebene können Forum-Abgeordnete durchaus Erfolge vorweisen, doch darauf lohnt nicht im einzelnen einzugehen.

7. Nach der Wende hatte das NEUE FORUM mit Abspaltung und Austritten zu kämpfen. Was veranlaßte nach und nach immer mehr Mitglieder, sich aus der Bürgerbewegung zurückzuziehen?

Zum Teil bin ich bereits auf diese Frage eingegangen, was die Abspaltungen anbelangte. Allgemein möchte ich noch auf das Problem der Überforderung eingehen.

André Andrich, dem sächsischen Landesgeschäftsführer, ist einmal ein köstlicher Witz gelungen, der viel Wahrheit enthält:
Er erklärte, wenn ein Journalist zu ihm komme, möchte dieser zuerst wissen, welches die nächste geplante Aktion, die nächste Stasi-Liste oder der nächste Skandal sei, den das Neue Forum aufdecken werde. Kein Mensch frage ihn jemals nach seiner Meinung zu einem politisch aktuellen Tagesproblem oder gar zu den programmatischen Inhalten seiner Partei. Er lachte und ermunterte dazu, sich einmal vorzustellen, ein Journalist käme mit solchen Fragen zur CDU oder auch nur zur SPD. - Allein die Vorstellung ist absurd! - Dort genügt das Motto: Noch ist die letzte Phrase nicht gedroschen.

Ein Mitglied des NEUEN FORUM steht im Unterschied zu Mitgliedern anderer Parteien unter der Erwartung, es solle nicht nur eine durchdachte politische Meinung äußern können, sondern sogar ab und an etwas tun, was zumeist viel Zeit in Anspruch nimmt und nicht bezahlt wird.
In gewisser Weise erwarten Journalisten vom NEUEN FORUM, es möge ihnen die Aufgabe abnehmen, die dem Journalismus eigentlich zukäme.
Wie sollten sich gerade in Zeiten, in denen viele, wenn nicht die meisten, weithin schon damit ausreichend beschäftigt sind, sich in einem neuen Rechtssystem zu orientieren, ihren Lebensunterhalt zu sichern, die neue - zu aller Verwunderung sogar im Vergleich zur DDR durchaus kompliziertere, dafür weniger willkürliche - Bürokratie zu durchschauen.
Zumeist zogen sich Mitglieder mit dem Bedauern zurück, daß sie aus privaten Gründen nicht mehr das schaffen könnten, was sie von sich erwarten würden, wenn sie dabei blieben. Ein kleinerer Teil lehnte sich in Resignation zurück, hatte sich unter Demokratie und Rechtsstaat mehr vorgestellt.

Resignation verbreiten auch Medien, die in DDR-ähnlicher Wiederholungrate die immer gleichen unsinnigen Dummheiten verkünden, z.B. daß Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit erhöhen könnte, Asylantragsteller ein bedeutsames finanzpolitisches Problem darstellten, gar daß der Wirtschaftsstandort in der Krise sei - trotz enorm hohem Außenhandelsüberschuß und überbewerteter Währung!
Nicht zu vergessen: Die Rettung der Sozialleistungssysteme sei nur durch deren schrittweise Abschaffung zu sichern, um auch den dreistesten Unsinn nicht zu vergessen!

Das Zurücklehnen nach einer Phase hoher politischer Aktivität ist keiner und keinem zu verdenken, zumal die Zeit des NEUEN FORUM allein aus finanziellen Gründen absehbar befristet sein wird.

Anfangs traten viele in andere Parteien über - verständlich, da sich das FORUM nicht klar zum Partei-Sein durchrang. Das heißt nicht, die später Ausgetretenen seien in totale Apathie verfallen, sie engagieren sich oft noch an bestimmten Themen in Vereinen etc.
Generell ist die Politik ein Kampf zwischen den wenigen Engagierten in einer demokratischen Republik; nur Diktaturen erzwingen Massenbeteiligung.

Bärbel Bohleys öffentliches Wirken hat auch einige frustriert, mag sie innerhalb der Organisation keine große Rolle spielen, so ist sie doch für die Öffentlichkeit die Repräsentantin des NEUEN FORUM schlechthin. Unverständlich blieben Interviews, in denen sie grundlos eine baldige Auflösung prophezeite, doch war dies gerade noch verzeihlich oder wurde als Folge von Presse-Sucht, also als menschliche Schwäche, sich bei Gelegenheit mit irgendetwas präsentieren zu müssen, eingeordnet.
Während ihr politischer Kampf für Offenlegung des Falles „Gregor Gysi“ als inoffizieller Stasi-Mitarbeiter ungeteilte Unterstützung und Zustimmung fand, führte ihr Treffen mit Helmut Kohl vor der Berliner Wahl zu berechtigter Entrüstung.
Damit trug sie dazu bei, daß die Berechtigung des NEUEN FORUM — neben dem „Bündnis 90/ Die Grünen“ die weitaus oppositionell-konsequentere Partei in der Tradition von Bürgerrechtsbewegung zu sein — empfindlich untergraben wurde. Die Lächerlichkeit, einen Verein mit dem Bundeskanzler gründen zu wollen, ist kaum zu überbieten.
Einige achtenswerte Austritte folgten, darunter Mitglieder, die aufgrund der Verdienste Bärbel Bohleys aus der Vergangenheit, nicht offen deren Ausschluß fordern wollten.

8. Welches waren Ihrer Meinung nach die Enttäuschungen bzw. die falschen/ nicht erfüllten Erwartungen? Um welche inhaltlichen Differenzen ging es, welche äußeren Faktoren mögen eine Rolle gespielt haben?

Diese Frage ist weithin schon beantwortet.
Ergänzen möchte ich lediglich, daß es enttäuschend war und ist, wie gering die Wertschätzung der Freiheit der Einzelnen in einer formal liberal-demokratischen Gesellschaft letztlich doch ist.
Es ist bemerkenswert bis erschreckend, wie offen sich die Parteien als Mitspieler in einer liberalen Demokratie dafür engagieren, gerade zu unterminieren, was Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit und den Fortbestand der liberalen Demokratie ist:
das souveräne und selbstbewußte Individuum als Mehrheitstypus.

Zum Beispiel müßte die Erpressung von Sozialhilfeempfängern zu „gemeinnütziger Arbeit“ unter Androhung der Streichung ihrer ohnehin arg geringen Sozialhilfe als systemzerstörendes Phänomen in einer liberalen Demokratie eigentlich ein Skandal sein und auch als Skandal diskutiert werden.
Zwangsarbeit ist sonst nur im Strafvollzug für Verurteilte legal.
Stattdessen können sogar Bundesminister Hetz-Reden gegen die Ärmsten anstimmen ohne Empörung in den Medien und bei anderen Parteien zu erregen.
Enttäuschungen beenden aber die Täuschungen. Die Gefahren zu kennen, kann nicht schaden. Wissen schadet nie!

Ich bitte Dich, da ich weiß, daß der Fragebogen als Vorarbeit zu deiner Magister-Arbeit dienen soll, mir nach Fertigstellung ein Exemplar zukommen zu lassen. Gutes Gelingen!
Es dankt Oliver